⁷ Zum Folgenden vgl. *Reinhard Pürmer*: Aspekte der Gebietsreform in Bayern im Licht der Bayerischen Verfassung. Diss. jur. München 1975; *Philipp Hamann*: Gemeindegebietsreform in Bayern. München 2005.
⁸ *Heinrich Klingshim*: Die Kreisreform und ihre Auswirkungen auf den Landkreis Dachau. In: *Amperland* 8 (1972), S. 299–301.
⁹ *Birgitta Unger-Richter* (Hrsg.): *Erdweg. Eine Gemeinde in Geschichte und Gegenwart*. Erdweg 2022.

¹⁰ Dazu *Horst Möller*: *Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell*. München 2015, S. 538f.

¹¹ Zahlen, auch folgende, aus: *Der Altlandkreis Aichach*. Aichach 1979, S. 444 und 197.

Anschriff des Verfassers:
 Prof. Dr. Wilhelm Liebhart, Hohenrieder Weg 20, 85250 Altomünster

Die Altgemeinden von 1818 bis 1972

Ein Beitrag zur Geschichte der Gebietsreform am Beispiel der Gemeinde Erdweg (Lkr. Dachau)

Von *Cornelia Oelwein*

Die Gemeinde Erdweg im Landkreis Dachau existiert in ihrer heutigen Form erst seit dem 1. Juli 1972. Bis zu diesem Zeitpunkt, der durch die Gemeindegebietsreform markiert wurde, war der Bereich in fünf eigenständige Gemeinden untergliedert, zu denen jeweils weitere Dörfer, Weiler und Einöden zählten: Eisenhofen, Großberghofen, Kleinberghofen, Unterweikertshofen und Welshofen. Diese lagen nicht nur in verschiedenen geografischen Räumen, sondern auch in unterschiedlichen Herrschaftsbereichen und zählten zu unterschiedlichen Pfarreien beziehungsweise Dekanaten. Vor 1972 waren die Altgemeinden zum Teil sogar durch eine Landkreisgrenze getrennt: Während die Altgemeinde Kleinberghofen zum Landkreis Aichach gehörte, befanden sich die übrigen bereits seit Langem im Landkreis Dachau.

Struktur der Altgemeinden

Allen Altgemeinden gemein war die bäuerliche Struktur, egal ob es sich um Orte mit oder ohne ehemaligem Hofmarksschloss bzw. -besitz handelte. Es dominierten die Landwirtschaft und das mit ihr verbundene Gewerbe. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden als Besonderheit die Hopfengärten genannt, die man in der Gegend von Eisenhofen, Großberghofen und Walkertshofen an der Straße nach Aichach sah.¹ Eine Zusammenstellung für das Ende des 19. Jahrhunderts zeigt, dass der größte Teil der gemeindlichen Flächen landwirtschaftlich genutzt war. Nach dem Geographisch-Historischen Handbuch von 1895 stellte sich die Flächenverteilung – nach Hektar berechnet – folgendermaßen dar:²

	Flächen- inhalt insgesamt	Wiesen Weiden etc.	Acker Garten	Forsten	Haus/ Hof Wege
Eisenhofen	605	155	292	152	6
Großberghofen	939	268	566	96	9
Kleinberghofen	554	90	348	111	5
Unterweikertshofen	581	80	255	222	24
Welshofen	923	171	455	285	12
	3602	764	1916	866	56

Die meisten landwirtschaftlichen Anwesen waren verhältnismäßig klein. Noch in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts listet das »Landwirtschaftliche Güter-Adreßbuch der Güter und größeren Höfe in Bayern«, in dem alle Bauernhöfe ab einer Größe von rund 50 Hektar verzeichnet wurden, neben sechs Landwirten in Großberghofen (Leonhardt Gall, Josef Göttler, Josef Kellerer, Mathias Kellerer, Martin Win-

ter, Johann Georg Wohlmuth) nur die Einöden Hof (Johann Göttler), Altstetten (Johann Burgmair) und Oberhandenzhofen (Josef Fischer) auf.³ Die Struktur hat sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem in den letzten Jahrzehnten entscheidend verändert. Nicht zuletzt dank der Anbindung an das Münchner S-Bahnnetz und die Autobahn München–Stuttgart entwickeln sich die Gemeindeteile von Erdweg mehr und mehr zu Wohnorten für Pendler mit den dazu benötigten Versorgungseinrichtungen – eine Entwicklung, die noch nicht abgeschlossen ist.

Kommunalgeschichtliche Ausgangssituation

Die Zeit um 1800, das Zeitalter Napoleons, brachte europaweit einschneidende Veränderungen. Sie führten nicht nur zur Vergrößerung Bayerns, das etwa zeitgleich zum Königreich aufstieg, sondern wirbelte auch in seinem Inneren Grenzen und Zuständigkeiten gehörig durcheinander. Kein auch noch so kleiner Ort blieb davon unberührt. Jahrhundertelange Zugehörigkeiten fanden ein Ende, Verwaltungen änderten sich, auch in der Folgezeit.

Der gewaltige Gebietszuwachs, den Bayern in der napoleonischen Zeit durch den Erwerb von 83 Ländern und Ländchen mit ihren vielfältigen Strukturen erfahren hatte, machte es notwendig, aus den vielen verschiedenartigen Einzelteilen einen einheitlichen modernen Staat zu formen. Dieser schwierigen Aufgabe nahm sich der Freiherr und spätere Graf Maximilian von Montgelas an. Mit kalter Leidenschaft, wie es heißt, und ohne Rücksicht auf Bestehendes, formte er den neuen Staat. Schon nach wenigen Jahren entstand so eine straffe und zentralistische Staatsorganisation. Die ehemaligen Provinzen, Länder und Ländchen lösten »Kreise« (Vorläufer der Regierungsbezirke) mit »Generalkommissariaten« nach französischem Vorbild ab. 1808 waren es 15, die nach Flussnamen unterschieden wurden, 1810 wurde ihre Zahl auf neun, 1817 auf acht verringert. 1837 erhielten die Kreise ihre heute noch gebräuchlichen Namen: Oberbayern, Schwaben usw. Die alten und aus dem Mittelalter stammenden Land- und Pfliegerichte wurden durch die Verordnung vom 24. März 1802 einheitlich für das ganze Land in Landgerichte umgewandelt, wobei ihre Begrenzung ohne Rücksicht auf historische Zusammenhänge mehr den geografischen Gegebenheiten angepasst wurde.

Sowohl das Landgericht Dachau, das unter anderen die Altgemeinden Eisenhofen, Großberghofen, Unterweikertshofen und Welshofen umfasste, als auch das Landgericht Aichach, zu dem Kleinberghofen gehörte, zählten seit dem Jahr 1799 zur »Provinz Baiern« mit der Generallandesdirektion in München als vorgesetzter Behörde. Die ab dem 1. Oktober 1808 wirksame Territorialeinteilung schlug Dachau dem »Isarkreis«

zu, Aichach dem »Lechkreis«. Hauptstadt des Isarkreises war München, die des Lechkreises Augsburg. Seit dem 1. November 1810 gehörte das Landgericht Aichach dann ebenfalls zum Isarkreis mit dem Sitz des Generalkommissariats in München, allerdings nur für wenige Jahre: Während Dachau auch weiterhin beim Isarkreis verblieb, gelangte Aichach ab dem 1. April 1817 zum neu formierten Oberdonaukreis mit dem Generalkommissariat in Augsburg, bevor es ab Jahresbeginn 1838 dann wie Dachau nach Oberbayern, wie der Kreis nun hieß, eingegliedert wurde. Im Regierungsbezirk Oberbayern verblieben die beiden Landgerichte beziehungsweise Bezirksämter und nunmehrigen Landkreise Dachau und Aichach bis zu den erneuten großen Umwälzungen durch die Gemeindegebietsreformen in den 1970er Jahren. Aichach kam damals erneut zu Schwaben. Allerdings hatte dies keine Auswirkung mehr für die Altgemeinde Kleinberghofen: Sie war in der neuen Gemeinde Erdweg (Landkreis Dachau) aufgegangen und blieb deshalb nun bei Oberbayern.

Reformmaßnahmen

Die Reformmaßnahmen nach 1800 hatten sich bis in das kleinste und abgelegenste Dorf ausgewirkt. Die alte Dorfmain, eine reine Wirtschaftsgemeinde, die keinerlei hoheitsrechtliche Funktionen auszuüben hatte, wurde abgelöst. Montgelas wollte durch rücksichtsloses Zusammenschließen größere gemeindliche Selbstverwaltungs- und zugleich Staatsverwaltungsbezirke schaffen, denen man die Erfüllung bestimmter Aufgaben, wie die Ausübung niederer Polizeigewalt, Musterungs- und Konskriptionssachen, die Unterhaltung von Ortsverbindungsstraßen usw. übertragen konnte. Nach dem Ersten Gemeindeedikt vom 28. Juli 1808 sollten die nun neu zu bildenden Gemeinden den neuen Steuerdistrikten, die durch die gleichzeitig durchgeführte Landesvermessung entstanden waren, angeglichen werden. In Gebieten mit alten Hofmarken, in den sogenannten »gemischten« Distrikten, kam es dabei zu unüberwindlichen Schwierigkeiten.

Während in Welshofen mit Bogenried, Oberhandenzhofen und Altstetten sowie Großberghofen mit Petersberg und Walkertshofen zum größten Teil verschiedenste Grundeigentümer nach 1800 abgelöst worden waren, stellte sich die Situation in den ehemaligen Hofmarken etwas anders dar. Den adeligen Gutsherren wurden – sogar noch nach dem Gemeindeedikt von 1818 – die alten Hofmarken in der Regel bis 1848 als Patrimonialgerichte mit Polizeigewalt und Niedergerichtsbarkeit belassen, was unweigerlich zu verschiedenen Differenzen führen musste.⁴ Allerdings stand die patrimoniale Gerichtsbarkeit weit stärker unter staatlicher Aufsicht als die seinerzeitige Hofmarksherrschaft und beschränkte sich weitgehend auf Beurkundungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Patrimonialgerichte

Als Lehensträger der ehemals geschlossenen Hofmark Unterweikertshofen (inklusive Guggenberg und Langengern und der einschichtigen Güter in Walkertshofen) erscheint seit 1799 Graf Maximilian Hundt von Lauterbach, der mit Franziska Reichsfreinin von Tänzl aus der ehemaligen Besitzerfamilie verheiratet war. 1820 wurde hier die Errichtung eines lehenbaren Patrimonialgerichts II. Klasse zu Unterweikertshofen gestattet. Grundholden saßen unter anderem zu Großberghofen, Unterweikertshofen, Langengern, Guggenberg, Walkertshofen, Eisenhofen und Welshofen. Deren Ablöse erfolgte gemäß Artikel 7 des Ablösungs-Gesetzes vom 4. Juni 1848. Demnach wurden in Großberghofen sieben Grundholden abgelöst, in Langengern 17, in Unterweikertshofen 39, in Walkertshofen

acht und in Welshofen, in Eisenhofen und Erdweg jeweils einer.⁵ Die Grafen Hundt sind jedoch bis heute Besitzer des 1848 allodifizierten Ritterlehens Weikertshofen.⁶ Eisenhofen (inklusive Hof) sowie Kleinberghofen (inklusive Happach und Schluttenberg, alle ehemals Landgericht Aichach)⁷ waren geschlossene Hofmarken beziehungsweise gehörten zu solchen. In diesen Fällen hieß der Besitzer bis zur Säkularisation 1803 Hochstift Freising, das auch einschichtige Güter in Petersberg hatte.⁸ Die Hofmarkschaft Großinzemoos hatte ein einschichtiges Gut in Großberghofen. 1820 wurde hier den Grafen von Törring-Minussi die Errichtung eines Patrimonialgerichts II. Klasse gestattet.⁹ Erdweg zählte (wie auch einschichtige Güter in Großberghofen) zur Hofmarksherrschaft Arnbach (Gemeinde Schwabhausen). Auch hier wurde 1820 ein Patrimonialgericht II. Klasse errichtet, allerdings fiel es bereit zwei Jahre später wegen Adelsverlust des Besitzers, der Freiherren von Geböck, an den Staat.¹⁰

Gemeindeedikt von 1818

Bereits früh erkannte man, dass eine neue Gemeindebildung aufgrund der Steuerdistrikte undurchführbar sei. Dieser Erkenntnis wurde in einem revidierten Zweiten Gemeindeedikt Rechnung getragen. Am 2. Februar 1817 war Graf Montgelas entlassen worden. Noch am selben Tag erließ König Maximilian I. von Bayern eine neue Verordnung, in der u. a. Bayern in die erwähnten acht Kreise unterteilt wurde. Gleichzeitig kam es zur Vorbereitung des Gemeindeedikts von 1818. Nach dem Rücktritt des Ministers war der Weg frei für eine gemeindliche Selbstverwaltung. Die durch ihn eingeführte Verstaatlichung (!) statt Autonomie der Gemeinden sowie des Gemeinde- und (Kirchen-)Stiftungsvermögens hatte sich weitestgehend als Fehlgriff erwiesen.

Zusammen mit der am 17. Mai 1818 verabschiedeten Verfassung konnte das neue Gemeindeedikt verkündet werden. Unter Titel I. *Von der Bildung und Eintheilung der Gemeinden* wurde u. a. ausgeführt, dass *jeder Markt oder Flecken, und jedes Dorf, welches bisher schon eine für sich bestehende Körperschaft mit eigenem Gemeindevermögen und mit besonderen Gemeinderechten ausmachte*, auch zukünftig eine Gemeinde bilden und fortbestehen sollte. Dörfer ohne Gemeindevermögen sowie Weiler, einzelne Mühlen oder Höfe (also Einöden) sollten in die nächstgelegene Gemeinde einverleibt werden. Alle zerstreut liegenden Wälder, Felder, Gärten etc. sowie Seen und Weiher mussten dem Bezirk einer Gemeinde zugeteilt werden. Es folgen in dem Edikt ausführlich die Rechte und Pflichten der Gemeindeglieder sowie die Rechtsstellung der Gemeinden.¹¹

Zwar hatte das Gemeindeedikt von 1818 aus späterer Zeit rückblickend noch einige Schwächen wie die Einschränkungen durch das Fortbestehen der Herrschafts- und Patrimonialgerichte des Adels und der allgemeinen Grundherrschaft, dennoch bedeutete es einen enormen Fortschritt. Das Edikt stellte die gemeindliche Selbstverwaltung wieder her, indem es die freie Wahl der Gemeindeorgane vorschrieb. Es erlaubte zudem unter anderem Einfluss auf die örtlichen Kirchenverwaltungen und das Volksschulwesen sowie die Verwaltung der nun zurückerstatteten Gemeinde- und Stiftungsvermögen oder die Erhebung und Verwendung der Gemeindeumlagen.¹² Man rückte von der Bildung der Gemeinden nach Steuerdistrikten ab und ließ die alten Dorfmainen als politische Gemeinden fortbestehen, wenn sie wenigstens 20 Familien umfassten.¹³ Das bedeutete wiederum erhebliche administrative Verschiebungen.

Die Ruralgemeinde

An der Spitze der Ruralgemeinden, wie die neuen Landgemeinden genannt wurden (abgeleitet von lat. rural = ländlich, bäuerlich), stand der Gemeindevorsteher. Dieser hatte das Gemeindebuch zu führen und zu verwahren, das Inventar über die der Gemeinde gehörenden Gerätschaften, Anlagebücher etc. auf dem Laufenden zu halten; er sammelte und bewahrte die Duplikate der Kirchenbücher. Vor allem aber übte er die Dorf- und Feldpolizei aus. Aus diesem Amt ging das des heutigen Bürgermeisters hervor. Das Hauptorgan der Ruralgemeinde war der Gemeindeausschuss. Er setzte sich aus dem Gemeindevorsteher, dem Gemeindepfleger (Kassier), dem Stiftungspfleger und drei bis fünf Gemeindebevollmächtigten zusammen. In allen Gemeinde-, Stiftungs-, Schul- und Armenpflegesachen gehörte ihm auch der Ortspfarrer an. Gemeinbeschreiber war der Schullehrer. Dem Gemeindeausschuss stand die Verwaltung der eigentlichen Gemeindeangelegenheiten wie die Aufnahme neuer Gemeindeglieder (Verleihung des Heimat- und Bürgerrechts), die Armenpflege, die Mitwirkung bei der Schulaufsicht, das Gemeindebauwesen, die Regulierung und Verteilung der Gemeindedienste und Umlagen, die Bestrafung geringer Dorf- und Feldfrevel, die Güteverfahren in Streitfällen der Gemeindeglieder sowie die Aufstellung gemeindlicher Hilfsorgane zu.¹⁴ Diese Hilfsorgane waren Dorf-, Flur- und Nachtwächter. Zur Herstellung und Instandhaltung der nötigen gemeindlichen Bauten, Straßen, Brücken, Wege, Ufer- und Wasserbauten sowie zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit mussten die Gemeindebürger sogenannte Hand- und Spanndienste leisten: Bürger, die ein Pferde- oder Ochsengepann hatten, leisteten die Dienste mit diesem, alle anderen mit Handarbeit.¹⁵

Da nicht alle Schriftstücke vergangener Tage erhalten sind, lassen sich die Namen der Gemeindevorsteher und des Gemeindeausschusses jedoch nicht immer lückenlos bis zu den Anfängen zurückverfolgen, so auch in den einzelnen Altgemeinden von Erdweg. Während etwa für Eisenhofen (neben verschiedenen Einzelnennungen) entsprechende Aufzeichnungen 1851 einsetzen¹⁶, sind etwa für Kleinberghofen die Bürgermeister seit 1881 bekannt¹⁷, obwohl laut Ortsgeschichte als frühester Bürgermeister erst Jakob Mauerer namentlich erfasst werden konnte. Er leitete die Geschicke der Gemeinde von 1909 bis 1919. Seine wohl wichtigste Amtshandlung dürfte die Auseinandersetzung über die Trassenführung der Lokalbahn Dachau-Altomünster, die am 22. Dezember 1913 offiziell eröffnet wurde, gewesen sein.¹⁸

Gemeindeordnung 1869

Mit der Gemeindeordnung für das rechtsrheinische Bayern vom 29. April 1869 erweiterten sich die Selbstverwaltungsbefugnisse der Gemeinden erheblich. Die Organe der Landgemeinden waren fortan der unmittelbar gewählte Gemeindeausschuss, der aus Bürgermeister (als Nachfolger des Gemeindevorstehers), einem Beigeordneten (= Zweiter Bürgermeister) und den Gemeindebevollmächtigten besteht, deren Zahl von der Größe der jeweiligen Gemeinde abhing: vier Bevollmächtigte in Gemeinden bis 300 Seelen, sechs in Gemeinden von 300 bis 500 Seelen, acht in Gemeinden von 500 bis 1000 Seelen usw. Die Mitglieder des Gemeindeausschusses wurden jeweils auf sechs Jahre gewählt.¹⁹

Laut der 1867 erschienenen topographisch-statistischen Beschreibung des Königreichs Bayern umfassten die Orte in der gesamten heutigen Gemeinde Erdweg um die Mitte des 19. Jahrhunderts 1571 Einwohner sowie 492 Gebäude.

Im Landgericht Aichach:

Kleinberghofen

Gemeinde, 255 Einwohner, 86 Gebäude in 5 Orten:
Brand Einöde, kath. Pf. Kleinberghofen,
7 Einwohner, 2 Gebäude
Eckhofen Weiler, kath. Pf. Kleinberghofen,
80 Einwohner, 28 Gebäude
Happach Weiler, kath. Pf. Kleinberghofen,
22 Einwohner, 6 Gebäude
Kleinberghofen kath. Pfarrdorf, Dek. Sittenbach,
141 Einwohner, 47 Gebäude, 1 Kirche,
1 Schule
Schluttenberg Einöde, kath. Pf. Kleinberghofen,
12 Einwohner, 3 Gebäude

Im Landgericht Dachau:

Eisenhofen

Gemeinde, 301 Einwohner, 98 Gebäude in 3 Orten:
Eisenhofen Dorf, kath. Pf. Hirtlbach,
189 Einwohner, 61 Gebäude, 1 Kirche
Hof Dorf, kath. Pf. Hirtlbach,
88 Einwohner, 30 Gebäude, Schule, Schloss
Petersberg Weiler, kath. Pf. Walkertshofen und Hirtlbach,
24 Einwohner, 7 Gebäude, 1 Kirche

Großberghofen

Gemeinde, 349 Einwohner, 124 Gebäude in 3 Orten:
Erdweg Weiler, kath. Pf. Walkertshofen,
30 Einwohner, 13 Gebäude
Großberghofen Dorf, Expositur d. kath. Pf. Sittenbach,
192 Einwohner, 69 Gebäude, 1 Kirche
Walkertshofen kath. Pfarrdorf, Dek. Egenhofen,
127 Einwohner, 42 Gebäude,
2 Kirchen, Schule

Unterweikertshofen

Gemeinde, 350 Einwohner, 87 Gebäude in 3 Orten:
Guggenberg Weiler, kath. Pf. Sittenbach,
30 Einwohner, 7 Gebäude
Langengern Dorf, kath. Pf. Sittenbach,
81 Einwohner, 18 Gebäude
Unterweikertshofen Dorf, kath. Pf. Sittenbach,
239 Einwohner, 62 Gebäude,
1 Kirche, Schule, Schoss

Welshofen

Gemeinde, 282 Einwohner, 97 Gebäude in 4 Orten:
Altstetten Weiler, kath. Pf. Welshofen,
24 Einwohner, 7 Gebäude
Bogenried Einöde, kath. Pf. Welshofen,
12 Einwohner, 4 Gebäude, 1 Kirche
Oberhandenzhofen Weiler, kath. Pf. Welshofen,
45 Einwohner, 15 Gebäude, 1 Kirche
Welshofen kath. Pfarrdorf, Dek. Egenhofen,
201 Einwohner, 71 Gebäude, 1 Kirche²⁰

Die Zahl der Einwohner stieg in den kommenden Jahrzehnten kontinuierlich, eine Entwicklung, die sich im 20. Jahrhundert mit kurzen, vor allem kriegsbedingten Unterbrechungen fortsetzte. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden für Eisenhofen 336 Einwohner in drei Orten gezählt, für Großberghofen 433 in drei Orten, für Kleinberghofen 281 Einwohner in fünf Orten, für Unterweikerstshofen 425 Einwohner in drei Orten und für Welshofen 322 Einwohner in vier Orten, also alles in allem 1797 Einwohner.²¹

Trotz der Erweiterung der Selbstverwaltungsbefugnisse seit der Verordnung von 1818 blieb eine straffe Staatsaufsicht bestehen, die durch die Landgerichte ausgeführt wurde. Im Zuge der »Trennung von Verwaltung und Justiz auf der unteren Ebene« kam das Königreich Bayern am 1. Juli 1862 dem modernen Rechts- und Verfassungsstaat und der staatsbürgerlichen Gesellschaft unserer Tage erheblich näher. Aus den Landgerichten wurden die Bezirksamter als untere Behörden der Inneren Verwaltung. Die Justiz lag fortan in den Händen unabhängiger Richter. Für die Verwaltung waren weisungsgebundene Beamte zuständig. Auf die Bezirksamter ging die Zuständigkeit für die Staatsaufsicht auch über die Landgemeinden über. Durch die Gemeindeordnung vom 29. April 1869 wurde die Selbstverwaltung der Gemeinden, besonders auf dem Gebiet des Körperschaftsrechts, weiter ausgebaut. Das Gemeindeverfassungsrecht hielt weiter die Trennung zwischen den gemeindlichen Behörden und den gemeindlichen Vertretungsorganen fest: Bei den Landgemeinden handelte es sich dabei um den Gemeindeausschuss einerseits und die Gemeindeversammlung andererseits. Wesentliche Änderungen im gemeindlichen Verfassungsrecht ergeben sich bis zum Ende der Monarchie 1918 nicht mehr.

Trennung von Verwaltung und Justiz

Parallel dazu traten aufgrund des Reichs-Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 in Bayern an die Stelle der bisherigen Land- und Stadtgerichte 269 Amtsgerichte. Seit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahr 1900 fungierten sie auch als Grundbuchämter. Als Träger der höheren Zivil- und Strafrichterbarkeit wurden 1879 28 neue Landgerichte als reine Gerichtsbehörden an Stelle der erst 1856 geschaffenen Bezirksgerichte eingeführt. Damit war die Umorganisation des bayerischen Verwaltungs- und Gerichtswesens im 19. Jahrhundert beendet.

Gemeindeordnung 1927

Nach der Revolution 1918 nahm die Staatsregierung die Reform des Gemeinderechts erneut in Angriff. Zunächst wurde 1919 das Wahlrecht reformiert mit der Einführung der allgemeinen, gleichen, unmittelbaren, freien und geheimen Wahl nach dem Verhältniswahlrecht. Im gleichen Jahr entfiel der verfassungsrechtliche Unterschied zwischen den Städten und den Landgemeinden, die Staatsaufsicht wurde zugunsten der kommunalen Selbstverwaltung eingeschränkt. Alleiniges Verwaltungsorgan war nunmehr der von den Bürgern gewählte Gemeinderat. In den folgenden Jahren stand dann die Neuordnung des Kommunalrechts auf der Agenda, da neben dem Selbstverwaltungsgesetz auch noch große Teile der Gemeindeordnung von 1869 Gültigkeit besaßen. Die 1927 in Kraft getretene Gemeindeordnung vereinheitlichte das Gemeinderecht und übernahm wichtige Bestimmungen der Gesetzgebung von 1919. Der staatliche Einfluss war nun auf ein Mindestmaß beschränkt, was sich jedoch bald wieder ändern sollte. Die gesetzlichen Veränderungen hatten jedoch keinen Einfluss auf den Zuschnitt der Gemeinden an sich. Zwar kam es seit den 1890er Jahren immer wieder zu geringfügigen Grenzveränderungen, doch betrafen diese jeweils nur einzelne Flurstücke.²² Größere Veränderungswünsche wurden von den Gemeinden abgelehnt. So stellte etwa der Bauer Josef Seitz 1922 den Antrag auf Umgemeindung der Einöde Bogenried von Welshofen nach Sulzemoos, was jedoch von Seiten Welshofens verhindert wurde.²³

Die nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten eingeleitete »Gleichschaltung« betraf auch die Gemeindeverwaltungen, die unter das »Führerprinzip« gestellt und damit der verstärkten staatlichen Aufsicht unterworfen wurden. Die Gemeinderäte konnten nun ohne Wahl entsprechend den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März 1933 ernannt werden. Diese noch vom Landesrecht geprägten Maßnahmen beseitigte die reichseinheitliche Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935, die die Verantwortung für die gesamte Gemeindeverwaltung den von oben ernannten Bürgermeistern als autoritären Leitern der Gemeinde übertrug und den ernannten Gemeinderäten nur mehr beratende Funktionen überließ. Am Bestand der Gemeinden änderte sich während des »Dritten Reichs« jedoch nicht viel.

Nach 1945

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die durch die amerikanische Militärregierung neu berufenen Landräte beauftragt, Bürgermeister in den Gemeinden einzusetzen. Bereits am 15. Mai 1945 wurden im Landkreis Dachau die ersten Bürgermeister auf Vorschlag des Landrats von der Militärregierung ernannt. Die Namen der neuen Bürgermeister wurden im ersten nach dem Krieg veröffentlichten Amtsblatt für die Stadt und den Landkreis Dachau vom 27. Juni 1945 veröffentlicht. Bürgermeister und Landrat entschieden in den meisten Fällen weitgehend eigenständig, unterstützt durch die Militärregierung.²⁴ Der Wiederaufbau der bürgerschaftlich orientierten kommunalen Selbstverwaltung begann 1945/46 mit der Einführung des demokratischen Wahlrechts für die Gemeinderäte, die wieder die dominierende Stellung als kommunale Verwaltungsorgane erhielten. Da neben der neuen provisorischen Gemeindeordnung jedoch noch verschiedene frühere Bestimmungen weiterhin Gültigkeit besaßen, ergab sich die Notwendigkeit einer grundlegenden Neufassung der auch durch die Bayerische Verfassung von 1946 festgelegten kommunalen Selbstverwaltungsbefugnisse mit gleichzeitiger Abgrenzung gegen Eingriffsmöglichkeiten der Staatsverwaltung. Dies wurde in der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. Januar 1952 geregelt, die die bewährten Grundsätze der kommunalen Organisation und der Gemeindeverwaltung durch die gewählten Gemeinderäte beibehielt und damit das Ende des Einbruchs in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden bedeutete.

Schulreform

In den 1960er Jahren kam es in Bayern allgemein verstärkt zu Zweckverbänden, sei es zum Thema Strom- oder Wasserversorgung, sei es zum Thema Schulwesen. Vor allem im Bildungswesen reifte der Wunsch nach einer Verbesserung der schulischen Verhältnisse durch Zusammenlegung verschiedener kleiner Volksschulen, in denen vereinzelt auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg unterschiedliche Jahrgänge in einem Raum unterrichtet wurden. So wurde etwa im Frühjahr 1964 von den Altgemeinden Eisenhofen, Großberghofen, Welshofen, Unterweikertshofen und Hirtlbach beschlossen, eine Mittelpunktschule zu errichten, deren Träger ein zu gründender Schulverband aus diesen fünf Gemeinden sein sollte. Kurz darauf schloss sich auch das damals noch im Landkreis Aichach gelegene Kleinberghofen an.²⁵ Im Jahr 1968 schließlich konnte die Verbandsschule in Erdweg, die zu den seinerzeit modernsten Schulbauten Bayerns zählte, fertiggestellt werden.

Kleinzentrum Großberghofen?

Im Jahr darauf wurde Großberghofen als einer von sechs Gemeinden des Landkreises Dachau die Rolle eines Klein-zentrums zugeordnet. Kleinzentren sollten nach dem von der Bayerischen Staatsregierung am 22. April 1969 beschlossenen Programm eine Mittelpunktschule, Spiel- und Sportstätten sowie gewisse Einrichtungen der gesundheitlichen Betreuung wie Arzt und Apotheke, ferner Einzelhandels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe aufweisen – Anforderungen, denen Großberghofen gerecht wurde.²⁶

Gebietsreform

Eine wesentliche Änderung der kommunalen Organisation leitete jedoch erst die nach der Landtagswahl von 1970 gebildete Regierung unter Ministerpräsident Alfons Goppel ein. Das Vorhaben stand in engem Zusammenhang mit der gleichzeitig in Angriff genommenen Gebietsreform der unteren Verwaltungsbehörden.²⁷

Die Bezirksämter, die 1939 im zentralisierten NS-Staat nach preußischem Vorbild den Namen Landratsämter erhalten hatten, mit einem Landrat an ihrer Spitze (während gleichzeitig die Bezirke in Landkreise umbenannt wurden), blieben bis heute bestehen, auch wenn sich der Zuschnitt der Landkreise und die Zahl der Gemeinden durch die Gebietsreform der 1970er Jahre stark veränderten. Anfang 1971 beschloss die bayerische Staatsregierung, die Gebietsreform der Landkreise einzuleiten und sie so rechtzeitig abzuschließen, dass die 1972 fälligen Kommunalwahlen bereits im neuen Organisationsgefüge durchgeführt werden könnten.²⁸

Die Staatsregierung war der Ansicht, dass nach der auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückgehenden Gemeindeorganisation zu viele Gemeinden bestünden und viele Gemeinden deshalb zu geringe Einwohnerzahlen aufzuweisen hätten. Dadurch seien die finanzielle Leistungsfähigkeit der kleinen Gemeinden und die davon abhängige Verwaltungskraft zu gering. Man war überzeugt: Eine leistungsfähige Gemeinde müsse etwa 5000 Einwohner aufweisen. Beim Inkrafttreten der Gemeindeordnung von 1952 bestanden etwas über 7100 kreisangehörige Gemeinden in Bayern, eine Zahl, die sich bis Ende der 1960er Jahre nur unwesentlich verändert hatte. Zwischen 1971 und 1976 erhielten Gemeinden erhöhte Schlüsselzuweisungen, wenn sie sich anderen Gemeinden anschlossen oder sich mit anderen Gemeinden zu größeren neuen Gemeinden zusammenschlossen. Bis zur Landkreisreform vom 1. Juli 1972 war auf diese Weise die Zahl der selbstständigen Gemeinden bereits um 2644 verringert worden. Bis zu den im Jahr 1978 fälligen Kommunalwahlen wurde die Gemeindegebietsreform abgeschlossen und dadurch die Zahl der Gemeinden weiter verringert. Zum 1. Mai dieses Jahres bestanden nur noch 2052 Gemeinden, das heißt weniger als ein Drittel der ursprünglichen Gemeindeanzahl. Das Ziel der Staatsregierung, Gemeinden mit jeweils mindestens 5000 Einwohnern zu schaffen, konnte jedoch nicht erreicht werden. Zu stark war in vielen Gemeinden der Wille zur Selbstständigkeit. So hatten rund 1200 Gemeinden noch immer weniger als 3000 Einwohner. Um diese sogenannten Kleingemeinden jedoch verstärkt in das System einzubauen, behalf sich die Staatsregierung mit der Einführung von Verwaltungsgemeinschaften.

Nicht alle in den Anhörungsverfahren geäußerten Wünsche und Forderungen hatten in der endgültigen Neugliederungsverordnung, die am 27. Dezember 1971 nach der Zustimmung durch den bayerischen Landtag die Neueinteilung Bayerns in 71 neue Landkreise und kreisfreie Städte zum 1. Juli 1972

bekannt gab, Berücksichtigung gefunden. Umstritten war in zahlreichen Fällen auch die Namengebung in den veränderten Strukturen. Als sich die nach dem 1. Juli 1972 neu konstituierten Kreistage dazu geäußert hatten, bestimmte die Bayerische Staatsregierung endgültig die Namen, womit sich einige Landkreise und Gemeinden lange nicht anfreunden konnten. Die Neuorganisation der Gemeinden konnte 1978 abgeschlossen werden.²⁹

Bildung der Gemeinde Erdweg 1972

Laut eines Schreibens des Landratsamtes Dachau vom 8. Januar 1971 bot es sich geradezu an, aus dem bereits bewährten Zusammenschluss von inzwischen sieben Gemeinden zum Schulverband Erdweg auch die Errichtung einer gemeinsamen Verwaltungseinrichtung vorzunehmen, wobei in dem Schreiben erwähnt wurde: *Dabei wird die Selbstständigkeit der beteiligten Gemeinden nicht berührt.* Am 5. Februar fand im Landratsamt Dachau eine Informationsveranstaltung statt, in der Landrat Dr. Hubert Pestenhofer die Bürgermeister der sieben Gemeinden des Schulverbands Erdweg unterrichtete, sie zu einer Verwaltungsgemeinde in Erdweg zusammenschließen zu wollen. Noch war von »freiwilligem Beitritt« die Rede, weswegen sich z. B. die Bürger von Eisenhofen in einer Bürgerversammlung am 20. März auch mit 76 : 1 Stimmen dagegen aussprachen. Und das Schreiben vom 23. März 1971 an das Landratsamt endete mit den Worten: *Der Gemeinderat schließt sich dieser Abstimmung an. Die Einrichtung einer gemeinsamen Gemeindeverwaltung wird nicht weiter verfolgt.* Offensichtlich kam es dann doch zum Gesinnungswechsel, denn am 8. Oktober desselben Jahres informierte das Landratsamt Dachau die Regierung von Oberbayern: *Die Gemeinden Großberghofen, Eisenhofen, Unterweikertshofen, Landkreis Dachau, und Kleinberghofen, Landkreis Aichach, gehören seit Jahren dem Schulverband Erdweg an. Die Gemeinde Kleinberghofen, Landkreis Aichach, soll nach § 3 Nr. 4 des Verordnungsentwurfes zur Neugliederung Bayerns in Landkreise dem Landkreis Dachau zugeordnet werden. Die genannten Gemeinden beabsichtigen sich nach Abschluss der Landkreisreform zu einer Großgemeinde mit Sitz in Erdweg zusammenzuschließen. Zu einem späteren Zeitpunkt möchte sich auch die Gemeinde Welshofen anschließen. Um diesen Zusammenschluss vorzubereiten und eine leistungsfähige Verwaltung aufzubauen wollen sich die Gemeinden ab 1. 1. 1972 zu einer Verwaltungsgemeinschaft zusammenschließen.*

Allerdings hatte die Regierung von Oberbayern laut Schreiben vom 27. November 1971 zunächst noch Bedenken, da die Einwohnerzahl von mindestens 5000 nicht erreicht war. Die Verhandlungen gingen weiter. Am Schluss stand die Verwaltungszusammenlegung.³⁰

Die Gemeinde Erdweg wurde am 1. Juli 1972 aus den zum Landkreis Dachau gehörenden Gemeinden Eisenhofen, Großberghofen, Unterweikertshofen und Welshofen sowie der aus dem Landkreis Aichach stammenden Gemeinde Kleinberghofen neu gebildet. Neben den ehemals selbstständigen Gemeinden zählten auch die Dörfer Erdweg, Guggenberg, Hof, Langengern, Petersberg und Walkertshofen, darüber hinaus der Weiler Oberhandenzhofen sowie die Einöden Altstetten, Bogenried, Brand, Happach und Schluttenberg zur neuen Gemeinde Erdweg. Die Gesamteinwohnerzahl im Jahr 1978 betrug 2690, wuchs jedoch in den folgenden Jahren auf über 6000 an.³¹

Vor allem dem Engagement von Ludwig Ostermair, dem damaligen, seit 1966 amtierenden Bürgermeister der Altgemeinde Kleinberghofen, und seiner Beharrlichkeit scheint der Zusammenschluss zu verdanken zu sein. Ostermair

wurde dann auch mit überwältigender Mehrheit (mit 1187 Stimmen; auf Josef Reindl entfielen 432 Stimmen) als Erster Bürgermeister der neuen Großgemeinde Erdweg gewählt (bis 1979). Michael Reindl, der spätere Erste Bürgermeister von Erdweg, bezeichnete das diplomatische Geschick Ostermairs als wahrhaft meisterlich, mit welchem er die neu entstandene Großgemeinde zusammen mit den 19 Gemeinderäten aus den einzelnen Ortsteilen zu einem Ganzen zusammengefügt habe, weswegen er auch zum Ehrenbürger der Gemeinde ernannt wurde.³²

Als Name für die neue Gemeinde wählte man den des ehemaligen Weilers und späteren Dorfs Erdweg, das zuletzt der zweitgrößte Ortsteil der bisherigen Gemeinde Großberghofen

und Sitz der Mittelpunktschule gewesen war. Gleichzeitig wurde das bereits 1956 der Gemeinde Großberghofen verliehene Wappen für die neue Gemeinde Erdweg übernommen. Der Zusammenschluss ging – im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden – relativ reibungslos über die Bühne, auch wenn bis heute bei den Kommunalwahlen noch immer jeweils eigenständige Ortslisten geführt werden. Auch Vereine mit gleichem Vereinszweck blieben in den einzelnen Gemeinden parallel bestehen, was zeigt, dass man sich weiterhin in erster Linie der eigenen (Alt-)Gemeinde verbunden fühlt. Es vergingen seit dem Zusammenschluss der Altgemeinden über vier Jahrzehnte, bis 2022 ein umfassendes Heimatbuch für die gesamte Gemeinde Erdweg erarbeitet werden konnte.

Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 1970

	1840	1871	1900	1919	1939	1946	1950	1961	1970 (30. 6.)
Eisenhofen	295	258	317	373	305	528	523	474	525
Großberghofen	372	387	399	508	421	733	787	823	1063
Kleinberghofen	246		286		241		418	335	495 (1. 7. 72)
Unterweikertshofen	357	381	454	425	339	568	523	429	420
Welshofen	286	263	305	323	341	480	447	276	321

Zusammenstellung nach *Hubert Pestenhofer u. a. (Hrsg.): Heimatbuch Landkreis und Stadt Dachau. Dachau 1971, S. 141; zu Kleinberghofen siehe Klaus-R. Witschel: Kleinberghofen. Dorf- und Hofnamensgeschichte. Kleinberghofen 2005, S. 110.*

Anmerkungen:

- ¹ *Joseph von Obernberg: Reisen durch das Königreich Baiern. Bd. 3/3: Reisen durch die Landgerichts-Bezirke Friedberg und Dachau. München 1816, S. 457.*
- ² *Wilhelm Götz: Geographisch-Historisches Handbuch von Bayern, Band I, München 1895, S. 204 und 241.*
- ³ *Oskar Köhler: Landwirtschaftliches Güter-Adreßbuch der Güter und größeren Höfe in Bayern (Niekammer's Landwirtschaftliche Güter-Adreßbücher, Bd. XIX). Leipzig 1923, S. 107–111.*
- ⁴ Vgl. z. B. StAM, Bestand LRA 34965 Differenzen mit dem Gräflich von Hundt'schen Patrimonialgericht Weikertshofen wegen Jurisdiktion und forstpolizeilichen Rechts im Jahr 1833.
- ⁵ StAM, LRA 34653.
- ⁶ *Pankraz Fried: Die Landgerichte Dachau und Kranzberg (HAB, Tl. Altbayern, H. 11/12). München 1958, S. 101–103. Allgemein zur Hofmark Weikertshofen siehe den Bestand von Hundt'scher Nachlass im StAM.*
- ⁷ *Gertrud Diepolder: Das Landgericht Aichach (HAB, Tl. Altbayern, H. 2). München 1950, S. 24f.*
- ⁸ *Fried, Dachau, S. 203–208, S. 47.*
- ⁹ Ebenda, S. 77.
- ¹⁰ Ebenda, S. 70.
- ¹¹ Veröffentlicht im Gesetzblatt für das Königreich Baiern, V. Stück vom 20. Mai 1818.
- ¹² Ausführlich zum Gemeindecodex von 1818: *Eberhard Weis: Die innere Entwicklung seit Montgelas' Sturz. In: Spindler. Handbuch der Bayerischen Geschichte. Hrsg. von Alois Schmid. Bd. 4/1: Das neue Bayern. 2. Aufl. München 2003, S. 106–109.*
- ¹³ *Sebastian Hiereth: Die bayerische Gerichts- und Verwaltungsorganisation vom 13. bis 19. Jahrhundert. München 1950, S. 24–26.*
- ¹⁴ Voller Wortlaut im Gesetzblatt für das Königreich Baiern, V. Stück vom 20. Mai 1818. Vgl. *Hiereth, Gerichts- und Verwaltungsorganisation, S. 24–26.*
- ¹⁵ Gesetzblatt für das Königreich Baiern, V. Stück vom 20. Mai 1818.
- ¹⁶ Arbeitsgruppe des Vereins Heimatgeschichte Eisenhofen e. V. (Hrsg.), Eisenhofen. Ortsgeschichte Eisenhofen – Hof – Petersberg. Eisenhofen 2015, S. 60–63.
- ¹⁷ StAM, LRA 103176. Gewählt wurde damals Georg Heisler zum Ersten Bürgermeister.
- ¹⁸ *Klaus-R. Witschel: Kleinberghofen. Dorf- und Hofnamensgeschichte. Kleinberghofen 2005, S. 107.*
- ¹⁹ Voller Wortlaut im Gesetz-Blatt für das Königreich Bayern Nr. 51 vom 14. Mai 1869.

²⁰ *Joseph Heyberger: Topographisch-statistisches Handbuch des Königreichs Bayern. München 1867, S. 37, 82f. und 86f.*

²¹ *Götz, Handbuch, Band I, S. 209 und 243–246.*

²² Vgl. z. B. StAM, LRA 127851: Grenzänderung in den Gemeinden Welshofen und Sittenbach 1892–1893; LRA 127894: Änderung der Gemeindebezirke Taxa, Welshofen, Unterweikertshofen, Odelshausen (Bezirksamt Dachau), Roßbach und Sittenbach (Bezirksamt Friedberg) 1924–1926; LRA 127903: Änderung der Gemeindebezirke Taxa, Welshofen, Unterweikertshofen, Roßbach und Sittenbach 1926; LRA 127904: Änderungen der Gemeindegrenzen Welshofen, Großberghofen, Unterweikertshofen und Eisenhofen 1926, 1929–1930; LRA 127908: Änderung der Gemeindebezirke Arnbach, Eisenhofen, Großberghofen, Hirtlbach und Westerholzhausen 1926, 1929–1930; LRA 127914 u. a. Änderung der Gemeindebezirke Hohenzell und Unterweikertshofen 1933–1934.

²³ StAM, LRA 127891. Umgemeindung der Einöde Bogenried, Gem. Welshofen (darin Plan der Steuergemeinde Welshofen und Sulzemoos) 1922–1923.

²⁴ *Andreas R. Bräunling: Wiederaufbau der Verwaltung in Stadt und Landkreis Dachau nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In: Norbert Göttler (Hrsg.): Nach der »Stunde Null«. Stadt und Landkreis Dachau 1945 bis 1949. München 2008, S. 289–311, hier speziell S. 291f.*

²⁵ Arbeitsgruppe Eisenhofen, S. 76 (dort Wortlaut des Gemeinderatsprotokolls der Sitzung vom 11. April 1964) und S. 91.

²⁶ *Hubert Pestenhofer u. a. (Hrsg.): Heimatbuch Landkreis und Stadt Dachau. Dachau 1971, S. 90, 130, 135.*

²⁷ *Wilhelm Volkert: Innere Verwaltung. In: Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte. 1799–1980. München 1983, S. 30–108, hier speziell S. 92–94.*

²⁸ Regierungserklärung von Ministerpräsident Alfons Goppel vom 27. Januar 1971 (Bayerische Staatszeitung vom 29. Januar 1971).

²⁹ *Volkert, Innere Verwaltung, S. 46f. und 92–95.*

³⁰ Arbeitsgruppe Eisenhofen, S. 79.

³¹ Amtliches Ortsverzeichnis für Bayern. Gebietsstand: 1. Mai 1978, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt (= Heft 380 der Beiträge zur Statistik Bayerns), München 1978, S. 13. – Am 31. Dezember 2021 wurden 6444 Einwohner für Erdweg gezählt.

³² *Witschel, Kleinberghofen 2005, S. 109f.*

Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine leicht veränderte Fassung meines Beitrages »Die Altgemeinden 1818 bis 1972« in: *Birgitta Unger-Richter (Hrsg.): Erdweg. Erdweg 2022, S. 332–338.*

Anschrift der Verfasserin:
Dr. Cornelia Oelwein, Weiherstr. 10, 85304 Iilmünster